

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Keine Unterstützung für den türkischen Präsidenten Erdoğan

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Staatsbesuch des türkischen Präsidenten, Recep Tayyip Erdoğan, vom 27.09. bis 29.09. in Deutschland mit militärischen Ehren und einem Staatsbankett ist angesichts deutscher Staatsbürger, die noch immer als politische Geiseln in der Türkei gehalten werden, und den vielen anderen türkischen politischen Gefangenen und dem Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei unangemessen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auszuschließen, dass deutsches Steuergeld zur Stabilisierung der türkischen Wirtschaft und damit der Regierung eingesetzt wird,
2. keine Zugeständnisse bei der EU-Annäherung der Türkei zu machen, ohne dass ein grundsätzlicher politischer Wandel in der Türkei in die Wege geleitet wird, d. h. keine Beitrittsverhandlungen, keine Vorbeitrittshilfen und keine Erweiterung der Zollunion,
3. gegenüber dem türkischen Präsidenten Erdoğan darauf zu bestehen, dass sämtliche politische Gefangene ohne Bedingungen freigelassen werden,
4. die Operation Olivenzweig als völkerrechtswidrig zu verurteilen,
5. den Export von Kriegswaffen oder sonstigen Rüstungsgütern oder technischer Unterstützung im Rüstungsbereich zu beenden,
6. den türkischen Präsidenten aufzufordern, von politischen Demonstrationen in Deutschland abzusehen, und
7. ihre Kooperation mit der von Ankara gesteuerten und finanzierten Moscheevereinigung Ditib zu beenden und darauf hinzuwirken, dass die Kooperation von Bundesländern mit Ditib beendet wird, bis sich Ditib aus dem organisatorischen und politischen Einfluss durch das Regime Erdoğan gelöst hat.

Berlin, den 25. September 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

